

Matthias Egger (Hg.), „... aber mir steckt der Schreck noch in allen Knochen.“ Innsbruck zwischen Diktatur, Krieg und Befreiung 1933–1950

(Veröffentlichungen des Innsbrucker Stadtarchivs, Neue Folge 71) Innsbruck: Universitätsverlag Wagner 2020; 338 Seiten mit zahlreichen Abbildungen.

Wie lässt sich ein politisches System – mit all seinen Merkmalen und Auswirkungen auf das Alltagsleben – am besten beschreiben? Auf welche Weise kann man die Totalität und das Bedrohungspotenzial einer Diktatur am deutlichsten ersichtlich machen? Entlang welcher Verhaltensweisen lassen sich die Facetten zwischen offener Kollaboration, passiver Anpassung und aktivem Widerstand aufzeigen, so dass eine breite Leserschaft einen Einblick gewinnt in die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten in einem totalitären System?

Keine noch so ausgefeilte theoretische Abhandlung kann das leisten, was ein multiperspektivischer Band zur Lokalgeschichte bieten kann: den Blick durch das historische Brennglas, mit dem verschiedene Bereiche eines kompakten Systems seziert und vor dem Hintergrund eines allgemeinen Szenarios analysiert werden. Der Blick auf das Konkrete, auf das Einzelne kann dabei durchaus zu allgemeinen Erkenntnissen führen, die in ähnlichen Kontexten ebenso gültig sind. So gesehen ist Lokalgeschichte ein überaus lohnendes Feld, auch wenn eine gewisse Beschränkung im Lesepublikum damit einhergeht.

Die neueste Publikation des Innsbrucker Stadtarchivs, ein Sammelband zur Geschichte Innsbrucks von 1933 bis 1950, bietet diesen Blick durchs Brennglas; mit der Durchleuchtung von verschiedenen Subsystemen städtischen Lebens gelingt es den Autor*innen, ein breites Panoptikum der NS-Diktatur zu entwerfen und die Grundzüge eines totalitären Systems konkret zu veranschaulichen.

Die Publikation aus dem Jahr 2020, herausgegeben vom Innsbrucker Historiker Matthias Egger, enthält elf Beiträge verschiedener Autor*innen, basierend auf der Auswertung neuer Archivbestände. Das Zitat im Buchtitel, „... aber mir steckt der Schreck noch in allen Knochen“, ist dem Tagebuch des 16-jährigen Schneiderlehrlings Bernhard Egger entnommen, der hier seine Emotionen beim 17. Luftangriff auf Innsbruck, am 14. Februar 1945, festgehalten hat. Der Schrecken, den NS-Herrschaft und Zweiter Weltkrieg über einen beträchtlichen Teil der Innsbrucker Bevölkerung brachten, ist gleichsam der rote Faden, der sich durch die elf Aufsätze zieht. Dass dieser Horror nicht wie eine Naturkatastrophe über die Menschen hereingebrochen ist, sondern zum Teil „hausgemacht“ war, wird ebenso deutlich wie das Faktum, dass der autochthone Faschismus in gewissen Bereichen genauso hässliche Züge zeigte wie der „große Bruder im Altreich“.

Nach der Besetzung Österreichs im März 1938 gelang es den reichsdeutschen NS-Behörden in Rekordzeit, sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens

gleichzuschalten und das Alltagsleben der Bürger*innen in Beschlag zu nehmen. Dies war mit einer derart ausgefeilten Effizienz nur deshalb möglich, weil NS-freundliche Systemträger*innen bereits seit 1933 den Boden für den „Anschluss“ bereitet hatten. Das Narrativ vom NS-Opfer Österreich, das immerhin bis in die 1980er Jahre aufrechterhalten wurde, wird hier anhand eines prägnanten Fallbeispiels – mit einer Fülle an Fakten – dermaßen gründlich widerlegt, dass es eigentlich für alle Zeiten obsolet sein sollte.

Österreich war schon vor dem „Anschluss“ keine Demokratie mehr. Sabine Pitscheider zeigt in ihrem Aufsatz *Von der Demokratie zu Diktaturen* auf, dass die illegale NSDAP seit 1933 beständig auf die Machtergreifung des Nationalsozialismus in Österreich hingearbeitet hat. In Innsbruck erreichte die NSDAP bei den Gemeinderatswahlen im April 1933 sagenhafte 41,2 Prozent und konnte damit neun Mandatare stellen – darunter auch der spätere Gauleiter Franz Hofer.

Um diesen Zulauf zur NSDAP einzubremsen, wurden in ganz Österreich politische Rechte eingeschränkt, was vor allem den Aktivitäten der Nationalsozialisten einen Riegel vorschob. Hitler reagierte darauf mit der sogenannten Tausend-Mark-Sperre und fügte damit dem Tiroler Tourismus empfindliche Einbußen zu. Flächendeckende Durchsuchungen „brauner Häuser“ sollten den Nachweis erbringen, dass die Sperre auf österreichische Urheber zurückzuführen sei. Darauf folgten öffentliche Tumulte und Provokationen von Seiten der Nationalsozialisten, die im Sommer 1933 zu einem Verbot der Partei führten. Maßnahmen, wie etwa die Einsetzung von Regierungskommissären oder die Abschaffung demokratischer Wahlen durch das neue Stadtrecht, leiteten ab 1934 einen kontinuierlichen Prozess der Entdemokratisierung ein.

Unmittelbar nach der Annexion erfolgte eine radikale Gleichschaltung der Beamten; zahlreiche illegale Nationalsozialisten wurden unter dem Deckmantel einer sogenannten Wiedergutmachung mit Posten in der öffentlichen Verwaltung versorgt. Städtische Kompetenzen wurden NS-Vereinen übertragen; so übernahm etwa die NS-Volkswohlfahrt die Aufgaben des Jugendamtes und die Führung privater Kindergärten.

Auf die Pläne der Nationalsozialisten, Innsbruck zu einer großdimensionierten „Gauhauptstadt“ zu machen, geht Hanna Fritz in ihrem Beitrag über die Eingemeindungen von 1938 bis 1942 ein. Die Eingemeindungen umliegender Dörfer wurden – über den Willen der betroffenen Bevölkerung hinweg – von Gauleiter Hofer vorangetrieben; es fehlte in Innsbruck an Baugrund, und mit der „Einbürgerung“ wohlhabender Steuerzahler aus ländlichen Gemeinden sollten die Stadtkassen gefüllt werden. Bei der Eingemeindung des Stadtteils Arzl 1939 schob man die Umsiedlung der Südtiroler als Grund vor; die Südtiroler-Siedlungen wurden danach aber nicht in Arzl, sondern vor allem in Pradl, Saggen, Reichenau und Wilten erbaut.

Auf die Staatsbürgerschaftsoption von 1939 nimmt auch Hilde Strobl in dem Kapitel über den NS-Wohnungsbau Bezug. Mit der sogenannten Sondermaßnahme S sollte ein Bauprogramm mit 13 000 zu errichtenden Wohneinheiten realisiert werden. Damit wollte man sowohl dem Eigenbedarf als auch den Bedürfnissen von zirka 200 000 (sic!) Südtiroler Umsiedlern Rechnung tragen. Das ehrgeizige Projekt wurde der neu gegründeten Wohn-baugesellschaft *Neue Heimat Tirol Vorarlberg* (NHT) übertragen, wo selbstverständlich Führerprinzip und strenge Hierarchie galten.

Durch den Umbau des Bahnhofsgeländes sollte ein sogenanntes Gauforum entstehen – ein repräsentativer Kundgebungsplatz für die „Gauhauptstadt“. Finanzielle Engpässe verhinderten aber die Realisierung dieses Großprojekts; zudem lag der Fokus in der Raumordnung auf dem Siedlungsbau. Für die neu errichteten Siedlungen wurde in Berlin die Direktive ausgegeben, diese im ländlichen Tiroler Stil auszugestalten. Es ist auch hier bemerkenswert, wie weit der Berliner Arm reichte und in welche sekundären Belange die nationalsozialistische Regulierungswut hineindrängte.

Ein ähnlich überdimensioniertes Projekt wie das „Gauforum“ und ebenso zum Scheitern verurteilt war die Errichtung eines Zentralfriedhofs außerhalb der Stadt. Christian Herbst hat die Akten des Bauamts durchforstet, um die Geschichte dieses Großprojekts nachzuzeichnen. Bereits 1938 kam die reichsdeutsche „Musterfriedhofsverordnung“ zur Anwendung; in dieser wurde die Devise ausgegeben, dass gemäß der NS-Ideologie die Gleichheit im Tode anzustreben sei und bei der Grabgestaltung „deutsche Rohstoffe“ verwendet werden sollten. Deshalb drängte Gauleiter Hofer ab 1940 massiv auf die Auflösung aller Stadtfriedhöfe und auf die Schaffung eines Zentralfriedhofs auf dem sogenannten Osterfeld in Amras. Aufgrund von Enteignungsproblemen konnte der Friedhof ab 1943 nur als Provisorium genutzt werden – für die zahlreichen Todesopfer bei den Luftangriffen auf die Stadt. Da sich aber niemand um die Notgräber kümmerte, wurde dieser Friedhof 1947 wieder aufgelassen.

Das geölte NS-Räderwerk funktionierte aber bei der Gleichschaltung des Bundesheeres, das bereits zwei Tage nach der Annexion auf Hitler vereidigt wurde. Johannes Kramer und Peter Pirker gehen in ihrem Beitrag über die Tiroler Soldaten in der Wehrmacht auch auf die wirtschaftliche Ausbeutung Österreichs für deutsche Kriegszwecke ein. So mussten beispielsweise schon beim Einmarsch ins Sudetenland Pferde gestellt und Betriebs-LKWs abgetreten werden. Für den Überfall auf Polen wurde die 2. Gebirgsdivision aus Tirol mobilisiert. Im Zuge einer „militärischen Frühoption“ wurden die Wehrmachtstruppen mit zirka 2500 Südtiroler Wehrpflichtigen aufgestockt (S. 153). 1943 befanden sich bereits 20 000 Südtiroler im nationalsozialistischen Aggressionskrieg; unter ihnen auch völkerrechtswidrig eingezogene Italien-Optanten.

Sehr aufschlussreich ist das Kapitel über die sogenannten Sondergerichte, die in Bozen, Innsbruck und Feldkirch eingerichtet und vor allem gegen Deserteure und Widerstandskämpfer*innen aktiv wurden. Der Rachecharakter der NS-Justiz wird hier in aller Prägnanz deutlich. Deserteure und Partisanen wurden in der Erinnerungskultur nach 1945 häufig mit dem Narrativ einer „unehrenhaften Vergangenheit“ degradiert, während soldatisches Verhalten völlig vom verbrecherischen Kontext des Nationalsozialismus abgespalten wurde (S. 164).

Mit demselben Rekordtempo wie in Verwaltung und Militär vollzog sich auch die Gleichschaltung der österreichischen Schule. Matthias Egger berichtet in seinem Aufsatz über die städtischen Schulen in der NS-Zeit, dass bereits am ersten Tag nach der Annexion offizielle Schulfeiern stattfanden, bei denen das neue Regime eifertig begrüßt wurde. Noch im März 1938 wurden die Lehrpersonen auf das NS-Regime vereidigt, Lehrinhalte umgehend an das „Altreich“ angepasst; so kam beispielsweise das Horst-Wessel-Lied sofort als fixes Element in den Lehrplan. Während sich die Mehrheit des Lehrpersonals mit den neuen Machthabern arrangierte, wurden oppositionelle Lehrpersonen und Schulführungskräfte mit geringfügig kaschierten Vorwänden aus ihrem Amt beseitigt. Jüdische Schüler*innen wurden ausgegrenzt und ab dem Schuljahr 1938/39 – gemäß den Nürnberger Rassedekreten – gezielt ausgeschlossen.

Ein Streiflicht auf den NS-Kirchenkampf wirft Renate Ursprunger und präsentiert in ihrem Beitrag ein weiteres Kuriosum aus der Agenda von Gauleiter Hofer. Nach der Abschaffung kirchlicher Feiertage, der Reduzierung des Religionsunterrichts und der Schließung kirchlicher Bildungseinrichtungen hatte es sich Hofer zum Ziel gesetzt, Hitler zum 50. Geburtstag ein „klosterfreies Tirol“ zu präsentieren. Im Zuge eines massiven Klostersturms wurden 1939 mehrere Orden unter dem Vorwand „staatsfeindlicher Umtriebe“ aus Innsbruck vertrieben (so etwa die Jesuiten; S. 203); unter fadenscheinigen Begründungen wurden ihre Gebäude für weltliche Zwecke beschlagnahmt. Mit der Klosterschließung einher ging häufig auch die Einberufung zur deutschen Wehrmacht – so zum Beispiel geschehen mit etlichen Patres des Innsbrucker Kapuziner-Ordens.

Am Beispiel der Innsbrucker Universitätsklinik kann die Zusammenarbeit von Politik und Wissenschaft – im Sinne einer rassistisch-eugenischen Gesundheitspolitik – exemplarisch verdeutlicht werden. Ina Friedmann beschreibt in ihrem Aufsatz das engmaschige Netz der gesundheitspolitischen Überwachung und die systematische Erfassung alles „Abweichenden“. In der Universitätsklinik führte man sogenannte Sippenbögen, in denen alle „Erbkrankheiten“ penibel erfasst wurden; die Informationen wurden von den städtischen Gesundheitsämtern zur Verfügung gestellt. An der Klinik wurden auch Zwangssterilisierungen durchgeführt; die Autorin geht von zirka

324 rekonstruierten Fällen aus, wobei die Dunkelziffer wahrscheinlich viel höher anzusetzen ist (S. 240).

Die offizielle Kapitulation der Tiroler Hauptstadt am 2. Mai 1945 beschreibt der Nationalsozialismus-Experte Horst Schreiber. Die Bilder der Begeisterung würden täuschen – so Schreiber; die US-Truppen wurden auf den Straßen vor allem von Aktivist*innen des Widerstands begrüßt, der sich in Tirol aus vielen kleinen Gruppierungen unterschiedlichen Couleurs zusammensetzte und dessen zentrale Integrationsfigur der spätere Außenminister Karl Gruber war. Ein Vergleich mit dem Jubel beim Einmarsch deutscher Truppen im März 1938 würde zu Ungunsten der amerikanischen Befreier ausfallen (S. 268). Die große Mehrheit der Tiroler Bevölkerung sei zu Hause geblieben, zwar erleichtert über das Kriegsende, aber viele völlig verunsichert über den Zusammenbruch der bisherigen (NS-)Welt.

Nach 22 Luftangriffen war in Innsbruck 1945 zirka 60 Prozent des Wohnraumes zerstört, der Wiederaufbau demnach eine Herkules-Aufgabe, die einen Großteil der Kräfte band. Die Entnazifizierung ging – so wie in anderen Regionen auch – nur sehr schleppend voran. Lukas Morscher zeigt am Beispiel der Polizei auf, dass es bei der Entlassung von NS-Sympathisanten sehr schwierig war, neue unbelastete Einsatzkräfte zu finden. NS-Verbrechen wurden bevorzugt den noch ansässigen „Reichsdeutschen“ in die Schuhe geschoben; und dem ehemaligen NS-Bürgermeister Denz wurde vom demokratisch gewählten Innsbrucker Gemeinderat noch in den 1960er Jahren eine Ehrenpension verliehen (S. 285).

Vieles, was in diesem Sammelband über die Geschichte Innsbrucks zur Zeit des Nationalsozialismus nachzulesen ist, ließe sich auch auf andere regionale Realitäten übertragen. Damit kommt dieser Publikation das Verdienst zu, anhand eines prägnanten Fallbeispiels – immerhin war Innsbruck eine „Gauhauptstadt“ – die NS-Politik in Österreich umfassend darzustellen.

Auch wenn eine Gesamtschau fehlt, in der man die Erkenntnisse aus den einzelnen Subsystemen in einer Synthese verknüpft und mit anderen Forschungsergebnissen vergleicht; auch wenn einige Beiträge rein deskriptiver Natur sind und eine analytische Schlussfolgerung vermissen lassen – so muss doch gesagt werden, dass es sich bei diesem Sammelband um eine lesenswerte und über den lokalen Radius hinaus gewinnbringende Publikation handelt. Denn Lokalgeschichte ist nicht nur lokal – sie führt uns über das Konkrete zum großen Ganzen.

Klara Rieder